

Übersicht

über die vom Kreisausschuss des Rhein-Sieg-Kreises in seiner 30. Sitzung am 11.03.2013 gefassten Beschlüsse:

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./Ergebnis	Abstimmungsergebnis
	Öffentlicher Teil		
1.	Niederschrift über die 29. Sitzung des Kreisausschusses am 28.01.2013	Anerkannt	
2.	Wahl zur Delegiertenversammlung des Erftverbandes	324/13 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 6
3.	Wahl von Vertrauenspersonen für die Ausschüsse zur Wahl von Schöffen/innen und Jugendschöffen/innen für die Amtszeit vom 01.01.2014 bis 31.12.2018	325/13 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 7
4.	Antrag der Gruppe im Kreistag DIE LINKE vom 06.02.2013: Umbesetzung von Ausschüssen	326/13 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 8
4.1.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 28.02.2013: Umbesetzung von Gremien	327/13 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 8
4.2.	Umbesetzung des Ausschusses für Schule und Bildungs koordinierung	328/13 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 8
5.	Erteilung einer Dienstreisegenehmigung für den Neubürgerbeauftragten des Kreistages zur Teilnahme am Bundeskongress "Patenschaften brauchen Partnerschaften - Netzwerke für Integration und Bildung" am 19. und 20.03.2013 in Berlin	329/13 Genehmigung	einstimmig, Seite 9
6.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 30.01.2013: Resolution für den Erhalt der mobilen Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus	Antrag zurückgestellt	einvernehmlich
7.	Gemeinsamer Antrag der CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktionen vom 05.02.2013: Rundfunkgebühr	Antrag zurückgestellt	einvernehmlich
8.	Gemeinsamer Antrag der CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktionen vom 02.10.2012: Integrationspolitisches Vorgehen im Rhein-Sieg-Kreis	Thematik zurückgestellt	einvernehmlich
9.	Änderung des § 14 der Zweckverbandssatzung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS)	330/13 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 12
10.	Regelung zur Übertragung von Ermächtigungen für Aufwendungen und Auszahlungen nach § 22 Gemeindehaushaltsverordnung	331/13 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 12
11.	Haushalt 2013 / 2014		
11.1.	Stellungnahmen der Städte und Gemeinden zum Entwurf der Haushaltssatzung 2013 / 2014	ohne Beratung	

11.2.	Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2013 / 2014 mit Haushaltsplan und Anlagen	332/13 Empfehlung an KT (Antrag der Fraktionen zum Klimaschutz - Nr. 28 a)	einstimmig, Seite 13
11.3.	Beratung und Beschlussfassung über den Entwurf des Stellenplans für das Haushaltsjahr 2013 /2014	ohne Beratung	
12.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildungskordinierung am 18.12.2012	Kenntnisnahme	
13.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Bau- und Vergabeausschusses am 24.01.2013	Kenntnisnahme	
14.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über die Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 31.01.2013	Kenntnisnahme	
15.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Bau- und Vergabeausschusses am 14.02.2013	Kenntnisnahme	
16.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über die Sitzung des Gleichstellungsausschusses am 19.02.2013	Kenntnisnahme	
17.	Beratung einer Beschlussempfehlung und Kenntnisnahme von der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 20.02.2013	Kenntnisnahme	
17.1.	Anregungen und Beschwerden nach § 21 KrO NRW: Wöchentliche Biotonnen-Leerung auch im Herbst für Gartenabfälle und Laub	333/13 Zustimmung	MB ./ LINKE, Seite 14
18.	Anregungen und Beschwerden nach § 21 KrO NRW	334/13 Verweis in UmwA	einstimmig, Seite 15
19.	Mitteilungen und Anfragen Nichtöffentlicher Teil	Kenntnisnahme	
20.	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung nach § 50 Abs. 3 KrO NRW: Abgabe eines verbindlichen Angebots der BRS Beteiligungsgesellschaft Bonn/Rhein-Sieg mbH (BRS) im Rahmen des Bieterverfahrens Strom und Gas der Stadt Bornheim (Kooperationsmodell)	335/13 Empfehlung an KT	MB ./ FDP + LINKE, Seite 16
21.	Abgabe eines verbindlichen Angebotes durch die Beteiligungsgesellschaft Bonn/Rhein-Sieg mbH (BRS) im Bieterverfahren Strom Niederkassel (Kooperationsmodell)	Von der TO abgesetzt	
22.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Bau- und Vergabeausschusses am 24.01.2013	Kenntnisnahme	

23.	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Bau- und Vergabeausschusses am 14.02.2013	Kenntnisnahme	
24.	Mitteilungen und Anfragen	---	

Folgende Beschlussempfehlungen fallen in die Zuständigkeit des Kreistages:

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./Ergebnis	Abstimmungsergebnis
	Öffentlicher Teil		
2.	Wahl zur Delegiertenversammlung des Erftverbandes	324/13 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 6
3.	Wahl von Vertrauenspersonen für die Ausschüsse zur Wahl von Schöffen/innen und Jugendschöffen/innen für die Amtszeit vom 01.01.2014 bis 31.12.2018	325/13 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 7
4.	Antrag der Gruppe im Kreistag DIE LINKE vom 06.02.2013: Umbesetzung von Ausschüssen	326/13 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 8
4.1.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 28.02.2013: Umbesetzung von Gremien	327/13 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 8
4.2.	Umbesetzung des Ausschusses für Schule und Bildungs koordinierung	328/13 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 8
9.	Änderung des § 14 der Zweckverbandssatzung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS)	330/13 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 12
10.	Regelung zur Übertragung von Ermächtigungen für Aufwendungen und Auszahlungen nach § 22 Gemeindehaushaltsverordnung	331/13 Empfehlung an KT	einstimmig, Seite 12
11.2.	Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2013 / 2014 mit Haushaltsplan und Anlagen	332/13 Empfehlung an KT (Antrag der Fraktionen zum Klimaschutz - Nr. 28 a)	einstimmig, Seite 13
	Nichtöffentlicher Teil		
20.	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung nach § 50 Abs. 3 KrO NRW: Abgabe eines verbindlichen Angebots der BRS Beteiligungsgesellschaft Bonn/Rhein-Sieg mbH (BRS) im Rahmen des Bieterverfahrens Strom und Gas der Stadt Bornheim (Kooperationsmodell)	335/13 Empfehlung an KT	MB ./, FDP + LINKE, Seite 16

Niederschrift

über die in der 30. Sitzung des Kreisausschusses des Rhein-Sieg-Kreises am 11.03.2013 gefassten Beschlüsse:

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 16:45 Uhr
Ort der Sitzung: B 1.12
Datum der Einladung: 01.03.2013
Einladungsnachtrag vom: 07.03.2013

Anwesende Mitglieder:

Vorsitzender

Herr Frithjof Kühn

Kreistagsabgeordnete CDU

Herr Rolf Bausch

Frau Brigitte Donie

Herr Michael Donix i. V. der Abg. Renate Mersch

Frau Heidi Rackwitz-Zimmermann

Herr Josef Schäferhoff

Herr Sebastian Schuster

Herr Michael Solf

Kreistagsabgeordnete SPD

Herr Sebastian Hartmann

Frau Ute Krupp

Herr Udo Scharnhorst

Herr Achim Tüttenberg

Kreistagsabgeordnete GRÜNE

Frau Edith Geske

i. V. der Abg. Gabi Deussen-Dopstadt

Herr Ingo Steiner

Kreistagsabgeordnete FDP

Herr Dr. Karl-Heinz Lamberty

Herr Klaus-Peter Smielick

Kreistagsabgeordneter DIE LINKE

Herr Michael Lehmann

Entschuldigt fehlten:

Kreistagsabgeordnete CDU

Frau Renate Mersch

Kreistagsabgeordnete GRÜNE

Frau Gabi Deussen-Dopstadt

30. Sitzung des Kreisausschusses am 11.03.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Vertreter/innen der Verwaltung:

KD'in Heinze
Ltd. KVD Allroggen
Ltd. KVD Carl
Ltd. KVD Ganseuer
Dezernent Schwarz
Dezernent Wagner
Ltd. KVetD Dr. von den Driesch
KA Kassel (Pressestelle)
VA Boomgaren (Kreistagsbüro)
VA Rellecke (Kreistagsbüro)
KOAR Herkenrath – Schriftführer

Gäste: ---

30. Sitzung des Kreisausschusses am 11.03.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Öffentlicher Teil

	Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten	
--	---	--

Der Landrat eröffnete die 30. Sitzung des Kreisausschusses und begrüßte die Anwesenden. Er verwies auf die Einladung vom 01.03.2013, den Nachtrag vom 07.03.2013 sowie die heutige Tischvorlage zu TOP 7 „Gemeinsamer Antrag der CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktionen vom 05.02.2013: Rundfunkgebühr“ und stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt ist.

Zur Tagesordnung schlug der Landrat vor, TOP 21 „Abgabe eines verbindlichen Angebotes durch die Beteiligungsgesellschaft Bonn/Rhein-Sieg mbH (BRS) im Bieterverfahren Strom Niederkassel (Kooperationsmodell)“ im nichtöffentlichen Teil der heutigen Sitzung von der Tagesordnung abzusetzen, da noch wesentliche Unterlagen für das Verfahren fehlten.

B.-Nr.
323/13

Der Kreisausschuss beschließt, Tagesordnungspunkt 21 „Abgabe eines verbindlichen Angebotes durch die Beteiligungsgesellschaft Bonn/Rhein-Sieg mbH (BRS) im Bieterverfahren Strom Niederkassel (Kooperationsmodell)“ von der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Kreisausschusses abzusetzen.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

1	Niederschrift über die 29. Sitzung des Kreisausschusses am 28.01.2013	
---	---	--

Einwendungen wurden nicht erhoben. Die Niederschrift gilt somit als anerkannt.

2	Wahl zur Delegiertenversammlung des Erftverbandes	
---	---	--

B.-Nr.
324/13

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Dem Erftverband wird für die anstehende Wahl der Delegiertenversammlung im Einvernehmen mit den anderen Landkreisen der Mitgliedergruppe 4 ein einheitlicher Beschlussvorschlag mit folgendem Inhalt unterbreitet:

- 1. Der Rhein-Erft-Kreis, der Kreis Euskirchen und der Rhein-Kreis Neuss entsenden gemäß § 15 Abs. 3 Erftverbandsgesetz (ErftVG) je einen Delegierten in die Delegiertenversammlung.**
- 2. Die zwei gemäß § 15 Abs. 4 ErftVG zu wählenden Delegierten stellen der Kreis Düren und der Rhein-Sieg-Kreis mit jeweils einem Delegiertensitz.**
- 3. Als Vertreterin des Rhein-Sieg-Kreises wird zur Wahl vorgeschlagen:**
Frau Hildegard Helmes
- 4. Für den Fall des vorzeitigen Ausscheidens eines Delegierten stellt der Rhein-Erft-Kreis den 1. und der Kreis Euskirchen den 2. Nachfolger.**
- 5. Im Rotationsverfahren der drei Mitglieder mit der höchsten Beitragszahlung stellt dieses Mal der Kreis Euskirchen das Mitglied und der Rhein-Erft-Kreis das stellvertretende Mitglied im Verbandsrat für die Mitgliedergruppe 4.“**

30. Sitzung des Kreisausschusses am 11.03.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Abst.- Einstimmig.
Erg.:

3	Wahl von Vertrauenspersonen für die Ausschüsse zur Wahl von Schöffen/innen und Jugendschöffen/innen für die Amtszeit vom 01.01.2014 bis 31.12.2018	
---	--	--

Der Landrat teilte mit, dass die FDP-Kreistagsfraktion ihre Besetzungsvorschläge am 01.03.2013 nachgereicht habe. Es handele sich um die Sachkundigen Bürger/innen Jürgen Peter für den Amtsgerichtsbezirk Siegburg, Peter Endler für den Amtsgerichtsbezirk Königswinter und Jana Rentzsch für den Amtsgerichtsbezirk Rheinbach.

B.-Nr. Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, nachstehend aufgeführte Personen in die Schöffenwahlausschüsse der jeweiligen Amtsgerichtsbezirke zu wählen:
325/13

Amtsgerichtsbezirk Siegburg:

1. Dr. Torsten Bieber, Neunkirchen-Seelscheid
2. Norbert Chauvistré, Sankt Augustin
3. Ludwig Neuber, Ruppichterath
4. Harald Eichner, Siegburg
5. Dietmar Tendler, Eitorf
6. Peer Groß, Siegburg
7. Jürgen Peter, Siegburg

Amtsgerichtsbezirk Königswinter:

1. Bruno Görg, Königswinter
2. Sebastian Schuster, Königswinter
3. Sebastian Wolff, Bad Honnef
4. Cornelia Mazur-Flöer, Königswinter
5. Alexander Brehm, Bad Honnef
6. Gerlinde Neuhoff, Bad Honnef
7. Peter Endler, Bad Honnef

Amtsgerichtsbezirk Rheinbach

1. Rolf Bausch, Meckenheim
2. Brigitte Donie, Swisttal
3. Bernd Beissel, Rheinbach
4. Werner Albrecht, Meckenheim
5. Ute Krupp, Rheinbach
6. Johanna Bientreu, Swisttal
7. Jana Rentzsch, Rheinbach

Amtsgerichtsbezirk Bonn

1. Oliver Krauß, Alfter
2. Sebastian Hartmann, Bornheim

Amtsgerichtsbezirk Waldbröl

1. Frank Zähren, Windeck
2. Udo Scharnhorst, Windeck

Abst.- Einstimmig.
Erg.:

30. Sitzung des Kreisausschusses am 11.03.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

4	Antrag der Gruppe im Kreistag DIE LINKE vom 06.02.2013: Umbesetzung von Ausschüssen	
---	--	--

B.-Nr. Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, nachfolgende Umbesetzungen
326/13 von Ausschüssen zu beschließen:

- 1.) **Ausschuss für regionale Wirtschafts- und Strukturförderung:**
Der **Sachkundige Bürger (SkB) Michael Hamm** wird anstelle des SkB Bernd Rosbund ordentliches Mitglied im Ausschuss für regionale Wirtschafts- und Strukturförderung.
Der **SkB Koculan Balakrishnan** wird anstelle des **Abg. Michael Otter** stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für regionale Wirtschafts- und Strukturförderung.
- 2.) **Planungs- und Verkehrsausschuss:**
Der **Sachkundige Bürger (SkB) Gero Knuth** wird anstelle des **SkB Bernd Treutler** ordentliches Mitglied im Planungs- und Verkehrsausschuss.

Abst.- Einstimmig.
Erg.:

4.1	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 28.02.2013 Umbesetzung von Gremien	
-----	--	--

B.-Nr. Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, nachfolgende Umbesetzungen
327/13 von Gremien zu beschließen:

- 1.) **Elektrische Bahnen der Stadt Bonn und des Rhein-Sieg-Kreises oHG (SSB):**
An Stelle des ordentlichen Mitglieds Abg. Jürgen Kusserow wird **Abg. Sebastian Hartmann** ordentliches Mitglied im Verwaltungsausschuss der Elektrische Bahnen der Stadt Bonn und des Rhein-Sieg-Kreises oHG (SSB).
- 2.) **Verkehrsverbund Rhein-Sieg-GmbH (VRS-GmbH):**
An Stelle des ordentlichen Mitglieds Abg. Jürgen Kusserow wird **Abg. Ute Krupp** ordentliches Mitglied im Aufsichtsrat der Verkehrsverbund Rhein-Sieg-GmbH (VRS-GmbH).

Abst.- Einstimmig.
Erg.:

4.2	Umbesetzung des Ausschusses für Schule und Bildungskoordi- nierung	
-----	---	--

B.-Nr. Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, nachfolgende Umbesetzung des
328/13 Ausschusses für Schule und Bildungskoordination zu beschließen:

Frau Ute Kirchhöfer wird seitens der Evangelischen Kirche anstelle von Frau Dr. Beate Sträter neues beratendes Mitglied sowie **Herr Peter Gottke** anstelle von Frau Ute Kirchhöfer neues stellvertretendes beratendes Mitglied im Ausschuss für Schule und Bildungskoordination.

Abst.- Einstimmig.
Erg.:

30. Sitzung des Kreisausschusses am 11.03.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

5	Erteilung einer Dienstreisegenehmigung für den Neubürgerbeauftragten des Kreistages zur Teilnahme am Bundeskongress "Patenschaften brauchen Partnerschaften - Netzwerke für Integration und Bildung" am 19. und 20.03.2013 in Berlin	
---	--	--

B.-Nr. **Der Kreisausschuss genehmigt gemäß § 9 Abs. 5 der Hauptsatzung für den**
329/13 **Rhein-Sieg-Kreis die Dienstreise des Neubürgerbeauftragten des Kreistages**
für Aus- und Übersiedler und für zugezogene Ausländer, Abg. Ludwig Neuber,
zur Teilnahme am Bundeskongress "Patenschaften brauchen Partnerschaften
- Netzwerke für Integration und Bildung" am 19. und 20.03.2013 in Berlin.

Abst.- **Einstimmig.**
Erg.:

6	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 30.01.2013: Resolution für den Erhalt der mobilen Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus	
---	--	--

Der Landrat teilte mit, dass nach Mitteilung der Landeskoordinierungsstelle vom 08.03.2013 die Bundesfamilienministerin inzwischen verfügt habe, dass die Förderung der Beratungsnetzwerke auf Antrag und nach Prüfung um ein weiteres Jahr bis zum 31.12.2014 verlängert werden könne. Nordrhein-Westfalen werde einen entsprechenden Antrag stellen. Die Kreistagsfraktionen seien hierüber heute bereits informiert worden.

Abg. Hartmann führte aus, entsprechende Überlegungen zur Schließung der Beratungsstelle passten auch gerade im Hinblick auf den NSU-Untersuchungsausschuss und zunehmende Radikalisierung im rechtsextremen Spektrum mit entsprechenden Unterwanderungstendenzen nicht in die Zeit. Deshalb sei man froh, dass man die Förderung auf Bundesebene verlängere. Er schlage daher vor, den Antrag seiner Fraktion zunächst bis auf Weiteres zurück zu stellen, in der Hoffnung, dass sich die Finanzierung sodann im neuen Bundeshaushalt wiederfinde.

Hierzu bestand Einvernehmen.

Im Übrigen war für Abg. Hartmann bedauerlich, dass dies im Zuge einer Projektförderung erfolge.

Abg. Solf merkte an, eine dauerhafte Bundesförderung sei wegen der föderalen Kompetenzverteilung nicht möglich. Er freue sich aber, dass der Bund dennoch dieses Modellprojekt weiterfördere.

Der Landrat regte aufgrund der aktuell vorliegenden Informationen an, den entsprechenden Tagesordnungspunkt auch von der Tagesordnung der nächsten Kreistags-sitzung am 14.03.2013 abzusetzen.

Hierzu bestand Einvernehmen.

30. Sitzung des Kreisausschusses am 11.03.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

7	Gemeinsamer Antrag der CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktionen vom 05.02.2013: Rundfunkgebühr	
---	--	--

Der Landrat wies darauf hin, dass der Rhein-Sieg-Kreis inzwischen Widerspruch gegen die vorliegenden Bescheide des ARD ZDF Deutschlandradio Beitragsservice über die Erhebung der Rundfunkbeiträge ab dem 01.01.2013 eingelegt habe. Darüber hinaus habe man heute mitgeteilt, dass die kommunalen Spitzenverbände mit der ARD eine Erhebung darüber vereinbart hätten, in welchem Umfang die Kommunen hiervon betroffen seien. Dies sei auf Bundesebene bisher nicht bekannt. Für den Rhein-Sieg-Kreis haben sich die Rundfunkbeiträge mehr als verdoppelt.

Abg. Schuster teilte mit, die Einlegung des Widerspruchs und weitere Prüfung sei im Sinne des gemeinsamen Antrags seiner und der GRÜNEN-Fraktion. Nun sei das Ergebnis der Prüfung abzuwarten. Große Verwaltungen, aber auch soziale Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen u. ä. seien von der Änderung der Gebührenordnung sehr betroffen. Möglicherweise habe man sich nicht genug Gedanken darüber gemacht, in welchem Umfang dies finanziell zu Buche schlage. Deshalb rege er an, den gemeinsamen Antrag nicht für erledigt zu erklären, sondern ihn zunächst zurück zu stellen, bis ein Prüfergebnis vorliege.

Abg. Steiner wies ergänzend darauf hin, dass zum Zeitpunkt der Antragstellung noch kein Beitragsbescheid, dem man hätte widersprechen können, vorgelegen habe. Bei der Neuregelung der Rundfunkgebühren habe es Zusagen an die Kommunen gegeben, dass diese nicht höher als bisher belastet würden. Deshalb sei er dankbar, dass die Verwaltung dies im Sinne des Antrages so aufgegriffen habe.

Abg. Hartmann merkte an, seine Fraktion unterstütze dies sehr, zumal man ähnliche Tendenzen auch bei den GEMA-Gebühren beobachte. Auch hierüber sei „das letzte Wort noch nicht gesprochen“. Nun sei zunächst eine Analyse der finanziellen Belastung zwischen kommunalen Spitzenverbänden und ARD vereinbart worden. Hier erfahre man nun Unterstützung. Im „Notfall“ werde es einen Musterprozess geben.

Der Landrat regte insoweit an, diesen Antrag zunächst für erledigt zu erklären, in der Folge über die weitere Entwicklung aber selbstverständlich erneut zu berichten und den entsprechenden Tagesordnungspunkt im Übrigen auch von der Tagesordnung der nächsten Kreistagssitzung abzusetzen.

Hierzu bestand Einvernehmen.

8	Gemeinsamer Antrag der CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktionen vom 02.10.2012: Integrationspolitisches Vorgehen im Rhein-Sieg-Kreis	
---	---	--

Der Landrat verwies auf die entsprechenden Informationen im Rahmen der Verwaltungsvorlage. Die Bürgermeister würden die Einrichtung eines KIZ wegen der zusätzlichen Kosten ablehnen, hätten aber darum gebeten, das Thema nochmals im Rahmen der Dienstbesprechung der Hauptverwaltungsbeamten am Freitag, dem 15.03.2013, zu beraten. Er gehe deshalb davon aus, dass die Diskussion noch nicht beendet sei.

30. Sitzung des Kreisausschusses am 11.03.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Abg. Hartmann sah auch noch Beratungsbedarf in den Fraktionen. Man wisse, dass dies nicht in allen Räten beraten worden sei, obwohl teilweise sehr unterschiedliche Initiativen im Integrationsbereich existierten. Er glaube schon, dass man dies auf der Kreisebene im Rahmen der landesgesetzlichen Regelung zusammenführen sollte. Deshalb rege er an zu prüfen, ob man jetzt abschließend entscheiden müsse oder noch die weiteren Beratungen auch mit den eigenen Ratsfraktionen abwarte, denn man stehe ja nicht unter Zeitdruck. Die Bürgermeister seien hier zwar wichtige Organe, die Zuständigkeit liegt aber auch bei den Räten.

Abg. Solf gab seinem Unmut über diese kurze E-Mail von Bürgermeister Raetz vom 10.01.2013 Ausdruck. Er habe den Eindruck, dass viele Bürgermeister nicht genau wüssten, um was es hierbei gehe. Er sei gerne bereit, über sachliche Kritik zu reden. Aber dies einfach nur unter Kostengesichtspunkten abzulehnen, sei ihm zu wenig. Deshalb sei er der Meinung, der Landrat möge den Bürgermeistern nahelegen, dies mit ihren Räten zu besprechen.

Abg. Steiner machte deutlich, dass man sich in der Sache dahingehend einig sei, dies zunächst zurückstellen, die Ergebnisse abzuwarten und sodann im Fachausschuss erneut zu behandeln.

Der Landrat stimmte dem zu. Er wies gleichzeitig darauf hin, dass die Bürgermeister hier durchaus unterschiedlich „aufgestellt seien.“ So gebe es durchaus Städte mit Integrationsarbeit, aber auch eine Reihe von kleineren Gemeinden, die gar nicht die Möglichkeit hätten, hier so viel zu tun. Deswegen habe er ein gewisses Verständnis, weil hier unterschiedliche Ausgangslagen gegeben seien.

Abg. Solf verdeutlichte, gerade dieser Teil des Teilhabegesetzes ziele auf die Kommunen, in denen bisher noch keine Integrationsarbeit stattfinde. Nun sollte den Bürgermeistern mitgeteilt werden, dass es bei der Seniorenarbeit, der Bildungsarbeit usw. eine ganze Menge von Möglichkeiten gebe, wobei die genannte Summe ja im Grunde genommen gering sei. Er bat den Landrat, hierfür bei den Bürgermeistern nochmals zu werben.

Abg. Hartmann regte an, den Städten und Gemeinden einmal das vorzulegen, was man in den Fachberatungen inklusive Konzept erarbeitet habe. Seine Fraktion werde dies ihren Ratsfraktionen nochmals an die Hand geben, denn man wolle das nicht über deren Köpfe hinweg entscheiden.

Der Landrat wies darauf hin, dass den Bürgermeistern die entsprechenden Berichte nochmals aktuell zu der Sitzung der Hauptverwaltungsbeamten am Freitag, 15.03.2013, zur Verfügung stünden.

Im Übrigen bestand Einvernehmen, dies zunächst zurück zu stellen und über das Ergebnis der weiteren Beratungen mit den Bürgermeistern, die sich möglichst mit ihren Räten rückkoppeln sollten, zu berichten.

9	Änderung des § 14 der Zweckverbandssatzung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS)	
---	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Finanzausschusses in seiner Sitzung am 05.03.2013.

30. Sitzung des Kreisausschusses am 11.03.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

B.-Nr.
330/13

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag nachfolgende Beschlussfassung:

Der Rhein-Sieg-Kreis stimmt dem Beschluss der Verbandsversammlung des Zweckverbandes VRS vom 30.09.2011 zur Änderung des § 14 der Zweckverbandssatzung zu.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

10	Regelung zur Übertragung von Ermächtigungen für Aufwendungen und Auszahlungen nach § 22 Gemeindehaushaltsverordnung	
----	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Finanzausschusses in seiner Sitzung am 05.03.2013.

B.-Nr.
331/13

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Den als Anhang beigefügten Regelungen des Landrats zur Übertragung von Ermächtigungen für Aufwendungen und Auszahlungen nach § 22 Gemeindehaushaltsverordnung wird zugestimmt."

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

Anmerkung des Schriftführers: Die „Regelungen zur Übertragung von Ermächtigungen für Aufwendungen und Auszahlungen nach § 22 Gemeindehaushaltsverordnung“ sind der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt.

11	Haushalt 2013 / 2014	
----	----------------------	--

11.1	Stellungnahmen der Städte und Gemeinden zum Entwurf der Haushaltssatzung 2013 / 2014	
------	--	--

Im Hinblick auf die Haushaltsberatungen im Kreistag am 14.03.2013 bestand Einvernehmen, hierüber im Kreisausschuss nicht zu beraten.

11.2	Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2013 / 2014 mit Haushaltsplan und Anlagen	
------	--	--

Der Landrat schlug vor, heute lediglich noch über den gemeinsamen Antrag der CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktionen vom 05.03.2013 zum Produkt 0.66.50 „Klimaschutz“ – Seite 105 des Nachtrages vom 07.03.2013 - zu beraten, da dieser zu der Sitzung des Finanzausschusses am 05.03.2013 sehr kurzfristig vorgelegt worden sei und noch nicht abschließend beraten werden konnte. Die weiteren Beratungen zum Entwurf der Haushaltssatzung 2013 / 2014 sollten sodann aber im Kreistag am 14.03.2013 erfolgen.

Hierzu bestand Einvernehmen.

30. Sitzung des Kreisausschusses am 11.03.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Abg. Steiner wies darauf hin, dass man die anderen Fraktionen ausdrücklich dazu eingeladen habe, sich als Antragsteller anzuschließen. Die SPD-Fraktion habe bereits ihre Bereitschaft erklärt. Er bat insoweit um entsprechende Ergänzung zur Sitzung des Kreistages. Die FDP-Fraktion müsse sich hingegen noch erklären.

Abg. Smielick verwies auf die Historie des Antrages – auch im Hinblick auf einen zuvor bereits vorliegenden SPD-Antrag - sowie entsprechende Beratungen im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz sowie im Finanzausschuss. Er unterstrich, dass dies mit einem Sperrvermerk versehen werden solle und zu Mehrkosten führe. Im Übrigen regte er an, in die Produktdefinition im Abschnitt Ziele noch einen Punkt „Mobilitätsmanagementsystem“ mit aufzunehmen und den Antrag insoweit entsprechend zu ergänzen. Seine Fraktion könnte sodann dem Antrag zustimmen.

Abg. Hartmann sah hierin einen guten Kompromiss. Der ursprüngliche Antrag seiner Fraktion habe sich auf das Leitbild eines energieautarken Kreises bezogen. Hierzu sei eine Umformulierung bzw. Ergänzung des Produktes „Klimaschutz“ erforderlich. Die wesentlichen Punkte des Antrages seiner Fraktion fänden sich nunmehr in dem vorliegenden „Klimaschutz-Antrag“ wieder, weshalb man eine gemeinsame Antragstellung befürworte. Auch der Ergänzung des Antrages um einen Punkt „Mobilitätsmanagementsystem“ könne man im Sinne einer ganzheitlichen Strategie beitreten. Er sehe hier breitesten Einvernehmen.

Auch Abg. Steiner befürwortete die Ergänzung des Antrages um den Aspekt „Mobilitätsmanagementsystem“. Da man über die Mittel erst entscheiden wolle, wenn ein entsprechendes Konzept vorliege, sei hier ein Sperrvermerk vorgesehen. Er denke, dies sei eine Zusammenfassung der Punkte, die man gemeinsam über Jahre hinweg entwickelt habe und somit ein „guter Weg“.

Abg. Dr. Lamberty wies darauf hin, dass auch in den Städten und Gemeinden des Kreises Klimaschutzfragen beraten würden. Insoweit rege seine Fraktion an, darauf zu achten, dass im Hinblick auf die Finanz- und Personallage Doppelarbeit tunlichst vermieden werde.

Ltd. KVD Ganseuer wies darauf hin, dass sich hierdurch die auf Seite 102 mitgeteilten Kreisumlagesätze für 2014 von 36,12 % auf 36,13 % und 2015 von 36,58 % auf 36,59 % geringfügig erhöhen würden.

Der Landrat stellte fest, dass sich alle Fraktionen dem Antrag angeschlossen haben, ergänzt um den Punkt „Mobilitätsmanagement“.

**B.-Nr.
332/13**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, dem nunmehr gemeinsamen Antrag der Kreistagsfraktionen vom 05.03.2013 zum Produkt 0.66.50 „Klimaschutz“ – ergänzt um die Produktdefinition „Mobilitätsmanagementsystem“ im Abschnitt Ziele- im Zuge der Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2013 / 2014 zuzustimmen.

**Abst.-
Erg.:**

Einstimmig.

11.3	Beratung und Beschlussfassung über den Entwurf des Stellenplans für das Haushaltsjahr 2013 /2014	
------	--	--

Im Hinblick auf die Haushaltsberatungen im Kreistag bestand Einvernehmen, hierüber im Kreisausschuss nicht zu beraten.

30. Sitzung des Kreisausschusses am 11.03.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

12	Kenntnisnahme von der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildungskordinierung am 18.12.2012	
----	--	--

Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.

13	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Bau- und Vergabeausschusses am 24.01.2013	
----	--	--

Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.

14	Kenntnisnahme von der Niederschrift über die Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 31.01.2013	
----	--	--

Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.

15	Kenntnisnahme von der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Bau- und Vergabeausschusses am 14.02.2013	
----	--	--

Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.

16	Kenntnisnahme von der Niederschrift über die Sitzung des Gleichstellungsausschusses am 19.02.2013	
----	---	--

Der Kreisausschuss nimmt von der Niederschrift Kenntnis.

17	Beratung einer Beschlussempfehlung und Kenntnisnahme von der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 20.02.2013	
----	--	--

17.1	Anregungen und Beschwerden nach § 21 KrO NRW: Wöchentliche Biotonnen-Leerung auch im Herbst für Gartenabfälle und Laub	
------	--	--

Der Landrat verwies auf die mehrheitliche Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz in seiner Sitzung am 20.02.2013

B.-Nr. **Der Kreisausschuss beschließt, der Anregung nicht zu folgen und auf wöchentliche Leerungen der Biotonnen in den Herbstmonaten zu verzichten.**
333/13

Abst.- **MB ./ LINKE.**
Erg.:

Im Übrigen nimmt der Kreisausschuss von der Niederschrift Kenntnis.

18	Anregungen und Beschwerden nach § 21 KrO NRW	
----	--	--

Abg. Smielick wies darauf hin, dass man bereits mit dem Petenten Verbindung aufgenommen habe und er damit einverstanden sei, dass man dies zunächst ausführlich mit der RSAG diskutierte und er sich dementsprechend gedulde.

30. Sitzung des Kreisausschusses am 11.03.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

B.-Nr.
334/13 **Der Kreisausschuss verweist die Anregung/Beschwerde gemäß § 21 KrO NRW von Herrn Ralf Droske vom 28.01.2013 auf Änderung der Abfallsatzung für den Rhein-Sieg-Kreis im Hinblick auf eine gerechtere Verteilung der Gebührenlast zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz.**

Abst.-
Erg.: **Einstimmig.**

19	Mitteilungen und Anfragen	
----	---------------------------	--

Ltd. KVetD Dr. von den Driesch trug zur aktuellen Entwicklung im Bereich „Untersuchung von Lebensmitteln auf pferdspezifische DNA-Sequenzen“, „verschimmelter Futtermittel auch im Rhein-Sieg-Kreis“ und „Untersuchung von Milchproben auf Spuren des Schimmelpilzgiftes Aflatoxin“ vor. Er führte aus, dass man direkt nach Aufkommen des „Pferdefleischskandals“ in England bereits erste Proben im Rhein-Sieg-Kreis gezogen habe. So seien 32 Proben aus den verschiedensten Betrieben entnommen worden. In vier der Proben seien DNA-Spuren von Pferdefleisch nachgewiesen worden, wobei keine Aussage über den Gehalt an Pferdefleisch in der Probe getroffen werden konnte. Einen qualifizierten Test habe man von der Stadt Freiburg erhalten, wo in einer Rindfleischkonserve ein Anteil von 69 % Pferdefleisch festgestellt worden sei. Der Importeur dieser Konserven sei in der Stadt Troisdorf ansässig.

Anmerkung des Schriftführers: Zur weiteren Vorgehensweise in diesem Einzelfall sowie zur weiteren Entwicklung im Falle des verschimmelten Futtermittels und der Untersuchung von Milchproben im Rhein-Sieg-Kreis wird auf die entsprechenden Medieninformationen der Pressestelle des Rhein-Sieg-Kreises verwiesen, die der Niederschrift als **Anlage 2** beigelegt sind.

Der Landrat dankte Herrn Dr. von den Driesch und seinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen und betonte, wie schnell das Kreisveterinäramt diese Dinge im Kreis aufkläre und dies sofort auf dem Wege einer Bürgerinformation umsetze. Dies sei zudem mit einem hohen Aufwand verbunden.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

Ende des öffentlichen Teils